

11.07.2014 – PM 58/2014

Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen

IG BAU fordert Priorität für sozialen Wohnungsbau

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) sieht in dem gestern (für die Red. 10. Juli 2014) von Bundesbauministerin Barbara Hendricks gestarteten Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen einen wichtigen Schritt, die Wohnungsnot in Ballungsräumen zu bekämpfen. „Inzwischen können sich schon Normalverdiener keine Wohnungen in den Metropolen leisten. Zentrale Lagen werden mehr und mehr zu Rechenghettos“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Die Verdrängung ist nicht nur unsozial, sie ist sogar für Unternehmen inzwischen ein Problem, weil sie keine Mitarbeiter finden, die es sich leisten können, die Hälfte ihres Gehalts und mehr an Miete zu bezahlen.“ DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell ergänzte: „Aus den verschiedensten Gründen ist es Menschen nicht möglich, grenzenlos mobil zu sein. Es zieht sie deshalb dahin, wo sie langfristig sichere Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum finden. Deshalb muss die Politik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ihnen in den Ballungsgebieten bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.“

Die IG BAU engagiert sich seit Jahren für den Bau von mehr Wohnungen, insbesondere von Sozialwohnungen. Derzeit stellt der Bund den Ländern dafür jährlich 518 Millionen Euro zur Verfügung. „Der soziale Wohnungsbau muss Priorität haben“, sagte Schäfers. „Jedes Jahr fallen mehr Objekte aus der Sozialbindung heraus als nachkommen. Die Mittel für den Sozialwohnungsbau müssen ebenso aufgestockt werden, wie für die energetische Sanierung. Denn auch die steigenden Nebenkosten belasten vor allem die, die nicht so viel haben. Neben der Kaltmiete sind die Kosten warm kaum noch zu tragen. Wie soll etwa eine vierköpfige Familie mit einem Brutto-Einkommen von 2650 Euro noch über die Runden kommen, wenn sie schon 1350 Euro für die Warmmiete zahlt?“

Die IG BAU fordert, dass schnell gehandelt wird. Die Mietpreisbremse ist dazu ein erster richtiger Schritt. „Wir begrüßen, dass Ministerin Hendricks diese auch durchsetzen wird“, sagte Schäfers. Weitere Schritte müssen folgen: So sollten die Wohnungsbauinstrumente von Bund, Ländern und Kommunen besser aufeinander abgestimmt und verzahnt werden und Kommunen ihre Grundstücke verstärkt für den sozialen Wohnungsbau nutzen.

(2245 Zeichen)